



**Solidarité
sans frontières**

SEITE 2

Bundesasyl- zentren

Ein Votum
für mehr
Transparenz

SEITEN 4 – 5

Frontex ausser Kontrolle

Mehr Personal,
mehr Ausrüstung
und Waffen

SEITEN 7 – 10

Dossier: Gegen die Normalisierung der Gewalt

Zur Lage der
Flüchtenden in
Bosnien und
Herzegowina



Ein Votum für mehr Transparenz

Treffpunkt am Montag, 21. September 2020 um 13.30 Uhr vor dem Eingang des Bundesasylzentrums.

Eine Mitarbeiterin des Staatssekretariats für Migration SEM nimmt eine Gruppe von Studierenden der Sozialen Arbeit und uns Dozentinnen freundlich in Empfang. Im Anschluss an eine Präsentation zum Asylverfahren werden wir – stets in Begleitung von Sicherheitspersonal – durch die Unterkunft geführt. Wir erhalten Einblick in verschiedene Räumlichkeiten und Abläufe des Zentrums. Für viele Studierende ist es der erste Besuch einer Asylunterkunft und ein prägendes Erlebnis.

In meine Erinnerung hat sich vor allem eine Aussage der SEM-Mitarbeiterin eingebrannt: «Nous sommes très transparent-e-s.»

Aber wie transparent ist das SEM in Bezug auf die Unterbringung in Bundesasylzentren? Was und wie erfährt die Öffentlichkeit von Geschehnissen, die sich hinter den Mauern der Unterkünfte abspielen?

Ja, Gruppen von Studierenden dürfen unter bestimmten Voraussetzungen Bundesasylzentren besuchen. Ja, es gibt bei Neueröffnungen jeweils einen Tag der offenen Tür, bei dem Journalist*innen und der lokalen Bevölkerung Einlass gewährt wird. Ja, man kann die Medienstelle des SEM bei Fragen kontaktieren und erhält in der Regel innert kurzer Frist Antwort. Dies ist alles sehr zu begrüssen – aber es reicht nicht. Denn die Einblicke und Antworten, die man erhält, entsprechen oft dem gefeilten Behördendiskurs, welcher

hauptsächlich darauf bedacht ist, politischen Wirbel zu verhindern.

Die Perspektive des SEM ist wichtig, aber es ist eben nur eine von vielen. Die Bewohner*innen finden kaum den Mut, sich kritisch zu äussern, aus Angst, dies könnte sich negativ auf ihr Asylgesuch auswirken. Weder das Betreuungs-, Sicherheits- und Pflegepersonal noch Personen aus dem Rechtsschutz dürfen öffentlich zu ihrem Arbeitsalltag oder Geschehnissen in den Bundesasylzentren Stellung beziehen. Sie sind, wie auch die einzelnen Mitarbeitenden des SEM selbst, an umfassende Verschwiegenheitsklauseln gebunden. Weil die Unterkünfte des Bundes der Öffentlichkeit grundsätzlich nicht zugänglich sind, stehen auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor demselben Problem. Möchten sie innerhalb der Unterkunft Aktivitäten für Asylsuchende anbieten, so müssen sie diese durch das SEM bewilligen lassen und einen Vertrag – wieder mit Verschwiegenheitsklausel – unterzeichnen.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung rund um Gewaltvorfälle in den Bundesasylzentren gab es hier eine Veränderung. Bewohner*innen sowie Mitarbeitende haben öffentlich zu den Vorkommnissen hinter den Zentrumsmauern Stellung bezogen. Neben der offiziellen Einschätzung des SEM drängen so auch die Perspektiven von Menschen vor Ort ans Licht – mit Folgen. Das SEM veranlasste längst überfällige Massnahmen.

Der Anlass ist beschämend, birgt aber die Chance für ein Umdenken. Ende April 2021 veröffentlichte das SEM in

einer Medienmitteilung folgenden Satz: «Für konstruktive Kritik ist das SEM jederzeit offen.» Um konstruktive Kritik äussern zu können, braucht es aber Transparenz. Es braucht mehr Offenheit seitens der Behörden, damit eine grund- und menschenrechtskonforme Unterbringung der Asylsuchenden garantiert und das Vertrauen geschaffen werden kann, dass man bei der Meldung von Missständen auf institutionellem Weg Gehör findet.

Sowohl die ZiAB als auch andere NGO haben in den letzten Monaten beim SEM eine stärkere Offenheit und Bereitschaft zum Dialog wahrgenommen. Aber es ist noch ein weiter Weg, bis der Satz «Nous sommes très transparent-e-s» berechtigt scheint.

Laura Tommila

Leiterin der ZiAB «Zivilgesellschaft in Asyl-Bundeszentren»
www.plattform-ziab.ch

◀ Titelseite: Gefangen im Scheinwerferlicht, zwei junge Familien (vier Erwachsene, zwei sehr kleine Kinder und ein Baby) aus Afghanistan nach einem **Pushback**.



▼ Essenverteilung im Dezember 2019 im Lager Vučjak.

Asylanörungen weiterhin ohne Rechtsvertretung möglich

Pauschalbegründung Corona-Pandemie

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) will, dass die bereits mehrfach verlängerte Covid 19-Asyl-Verordnung bis Ende 2021 weiter gilt. Es hat dafür im April eine kurze Vernehmlassung durchgeführt.

In seiner Stellungnahme kritisiert Solidarité sans frontières, dass im Asylverfahren – angeblich wegen der Corona-Pandemie – Asylsuchende angehört werden, ohne dass die Rechtsvertretung präsent sein muss. Sösf hatte schon im Frühling 2020 Zweifel, ob dies zulässig sei

«Im Asylverfahren werden Asylsuchende angehört, ohne dass die Rechtsvertretung präsent sein muss»

und beauftragte den Genfer Honorarprofessor Thierry Tanquerel, einen Staatsrechtslehrer, mit einem Gutachten zu dieser Frage. Er kam zum Schluss, dass die Durchführung von Asylanörungen ohne Teilnahme der Rechtsvertretung «eine unverhältnismässige und damit verfassungswidrige Einschränkung der gesetzlichen und verfassungsmässigen Rechte der Asylsuchenden» sei und forderte deshalb die Aussetzung der Asylverfahren während der Pandemie.

Die Anhörung als solche bildet in allen Asylfällen die Grundlage für den späteren Asylentscheid. Mit der Revision des Asylgesetzes wurde lediglich die Beschleunigung des Verfahrens angestrengt. Als Kompensation für dadurch entstehende rechtstaatliche Defizite wurde die Beigabe einer fachkundigen und erfahrenen Rechtsvertretung als zwingend erachtet und vorgeschrieben. Die Beratung der asylsuchenden Person, ihre Vorbereitung und die Teilnahme der Rechtsvertretung an der Anhörung sollen einerseits die Akzeptanz und damit die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Asylverfahrens erhöhen. Andererseits bildet die Teilnahme der Rechtsvertretung an der Anhörung auch einen Schutz für Asylsuchende. Ihre Präsenz stellt sicher, dass die Anhörung die vollständigen Vorbringen der Asylsuchenden Person erfasst und nicht in eine Verhörsituation ausartet, welche die freie Äusserung beeinträchtigt. In Anwesenheit einer unabhängigen Rechtsvertretung kommt es weder zu tätlichen Übergriffen noch zu abwertenden oder beleidigenden Bemerkungen oder Druckversuchen. Ausserdem unterstreicht die Verbindlichkeit der Teilnahme der Rechtsvertretung an der Anhörung deren wichtige verfahrensrechtliche Stellung.

Rechtsstaat auch in der Gesundheitskrise

Dass unter der bisherigen Covid 19-Asylverordnung nur eine kleine Anzahl von Anhörungen tatsächlich ohne Teilnahme der Rechtsvertretung durchgeführt wurde, spricht nicht für die Verlängerung der geltenden Verordnungsbestimmung. Ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren ist auch in Zeiten der Pandemie zu gewährleisten. Ebenso wenig überzeugt der Einwand, dass verlängerte Anfechtungs- und Ausreisefristen die fehlende Präsenz der Rechtsvertretung an der Anhörung rechtlich kompensieren könnten: Die Verlängerung der Fristen drängt sich allein schon wegen der Pandemiesituation auf. Dagegen führen rechtmässig erklärte Anhörungen, die ohne Teilnahme der Rechtsvertretung durchgeführt wurden, im Streitfall zu einer zusätzlichen Beschwerde, was mit Umsicht, Reduzierung des Verfahrenstempos und einem kulanten Terminmanagement ohne Weiteres vermieden werden sollte.

Aus diesen Gründen wenden wir uns nach wie vor dagegen, dass Anhörungen im Asylverfahren ohne die Teilnahme der Rechtsvertretung durchgeführt werden, zumal diese allenfalls auch per Videokonferenz sichergestellt werden kann.

(Pf)

Die Bilder, die diese Ausgabe des Bulletins illustrieren, stammen von Ben Owen-Browne. Als engagierter Fotograf und Reisender traf wir ihn in Bosnien, wo er mit der Organisation Rahma aktiv war. Mit jedem seiner Fotos erzählt uns Ben eine besondere Geschichte. Aus Platzmangel konnten wir nicht alle Fotos, die wir bekommen haben, drucken. Sie können sie jedoch in unserem Blog finden, zusammen mit den dazugehörigen Bildlegenden: [Sösf.ch/blog](https://www.benowenbrowne.com/) Sie können auch seine professionelle Website anschauen: <https://www.benowenbrowne.com/>

Mehr Personal, mehr Ausrüstung und Waffen

Frontex außer Kontrolle

Die EU-Grenzagentur verfügt jetzt über eigene Luftüberwachung und kommandiert eine bewaffnete Grenztruppe. Das verstärkt die Macht ihres Direktors beträchtlich. Zweimal haben die Kommission, der (Minister-)Rat und das Parlament der EU die «Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache» in den vergangenen Jahren erneuert. Die Fähigkeiten und Kompetenzen von Frontex wurden damit deutlich erweitert: Die Verordnung von 2019 bestimmt den Aufbau einer «Ständigen Reserve» («Standing Corps») von 10 000 Beamt*innen, über deren Verwendung Exekutivdirektor Fabrice Leggeri selbst entscheiden kann. Seit 2016 kann die Agentur ausserdem eigene Ausrüstung – Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Überwachungsgerät – erwerben.

Langstreckendrohnen auf Malta

2016 begann Frontex mit ersten Tests von unbemannten Luftfahrzeugen. Nach Pilotprojekten auf Sizilien und Kreta flogen die Langstreckendrohnen zur Überwachung des zentralen Mittelmeers nun von Malta aus. Sie ergänzen den «Frontex-Luftüberwachungsdienst» (FASS), mit dem die Agentur seit 2017 die EU-Aussengrenzen mit gecharterten zweimotorigen Flugzeugen beobachtet.

Die Flüge, die in den kommenden zwei Jahren weitere 101,5 Mio. Euro kosten sollen, können von den EU- und den assoziierten Schengenstaaten angefragt werden. Italien und Kroatien taten dies als erste. Ohne den Einsatz von

«Frontex hat Koordinaten von Booten an die libysche Küstenwache übermittelt, damit diese Geflüchtete auf Hoher See aufbringt und zurückholt.»

FASS hätten die kroatischen Grenztruppen viele Grenzübertritte gar nicht bemerkt, lobte Frontex-Direktor Leggeri im Jahresbericht von 2018. Die Flugzeuge (und Drohnen) von Frontex dürften für Pushbacks tausender Personen verantwortlich sein. Frontex hat zudem Koordinaten von Booten an die libysche Küstenwache übermittelt, damit diese Geflüchtete auf Hoher See aufbringt und zurückholt.

Neue Eingreiftruppe

Mit der «Ständigen Reserve» erhält Frontex nun auch eine eigene Grenztruppe. Alle Einsatzkräfte sollen bis 2027 rekrutiert sein und sind als «Statutspersonal» direkt dem Frontex-Hauptquartier in Warschau unterstellt. Neben Einsätzen an den Außengrenzen gehören auch Ausschaffungen zu ihren Aufgaben.

Die 10 000 Beamt*innen teilen sich in vier Kategorien,

die der «Kategorie 1» tragen einheitliche Frontex-Uniformen und dürfen neben Pistolen auch Gummi- und Teleskopschlagstöcke, Handschellen und Reizstoffe einsetzen. Die EU verfügt damit erstmals über eine bewaffnete Polizeieinheit. Insgesamt will Frontex dafür 2 500 Feuerwaffen und 3,6 Millionen Patronen einkaufen. Über 500 Beamt*innen der «Kategorie 1» sind seit Jahresbeginn in Griechenland und Italien im Einsatz, mehrere Hundert weitere sollen 2021 folgen.

Allerdings enthalten weder die Verordnung von 2019 noch das Sitzabkommen mit Polen oder polnische Gesetze eine Rechtsgrundlage für Erwerb, Lagerung und Transport von Waffen durch Frontex in Polen. Die Waffenbeschaffung verzögert sich deshalb, in Griechenland wird die Truppe übergangsweise mit Pistolen, Holstern und Munition der dortigen Polizei ausgestattet. Ähnliche Abkommen plant Direktor Leggeri nun mit anderen Ländern.

Keine parlamentarische Kontrolle

Mit dem Aufbau der «Ständigen Reserve» verschwindet nicht nur das Prinzip, dass die bei Gemeinsamen Operationen eingesetzten Beamt*innen aus den Mitgliedstaaten entsandt werden, sondern auch die Einflussmöglichkeiten der nationalen Regierungen und Parlamente auf die Agentur. Zwar können Regierungen sekundiertes Personal aus Gemeinsamen Operationen abziehen. Über die Fortführung von Einsätzen der «Kategorie 1» entscheidet hingegen allein der Frontex-Direktor.

Die neue Eingreiftruppe kann deshalb – genauso wie der Luftüberwachungsdienst – nicht mehr wie üblich aus den nationalen Parlamenten kontrolliert werden. So will die deutsche Bundesregierung Fragen zur «Dislozierung» von Kräften der «Kategorie 1» gar nicht erst beantworten. Und auch die Informations- und Kontrollmöglichkeiten des EU-Parlaments sind eingeschränkt.



Das Schlafen in einem Zelt innerhalb der zerstörten Häuser bietet Wärme und etwas mehr Privatsphäre.

Frontex besitzt eine eigene Rechtspersönlichkeit und verfügt über Durchführungsbefugnisse. Schon jetzt ist das Kontrolldefizit besorgniserregend. Es existiert kein übergeordnetes Gremium, das der Grenzagentur oder deren Direktor Weisungen erteilen darf. Die Agentur soll «in operativen und technischen Fragen unabhängig und rechtlich, administrativ und finanziell autonom sein». Zwar kann der Frontex-Verwaltungsrat, dem die beteiligten Staaten und die EU-Kommission angehören, den von ihm gewählten Direktor wieder absetzen. Das EU-Parlament kann sich zudem weigern, den Haushalt der Agentur zu verabschieden. Eine Fachaufsicht über die laufenden Einsätze gibt es jedoch nicht.

Frontex verselbständigt sich weiter

Eine Arbeitsgruppe des Frontex-Verwaltungsrats untersuchte – wenn auch sehr zurückhaltend – Vorwürfe, dass die Agentur sich an Pushbacks beteiligte. Auch im EU-Parlament ist eine diesbezügliche Untersuchung im Gange. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ermittelt gegen den Frontex-Chef wegen Mobbing- und Betrugsvorwürfen. Mindestens fünf weitere Verfahren sind bei der Europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly anhängig, darunter zur Wirksamkeit des Beschwerdemechanismus der Agentur und zur Rolle des Grundrechtsbeauftragten. O'Reilly untersucht ausserdem die Transparenz von Frontex, die etwa der Plattform «Frag den Staat» den Zugang zu Dokumenten verweigert, die eine Nachverfolgung der Schiffe ermöglichen würden. Weitere Verfahren haben Anwält*innen vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Internationalen Strafgerichtshof angestrengt.

Leggeri lässt die Kritik und Ermittlungen an sich abtropfen. Derweil verselbständigt sich seine Agentur weiter. Das Budget für die kommenden sieben Jahre erhöht sich auf 5,6 Mrd. Euro, davon mehr als die Hälfte für die neue Grenztruppe. Ab 2024 errichtet Frontex ein neues Hauptquartier in Warschau, das Gebäude soll mindestens 140 Mio. Euro kosten.

Matthias Monroy

Journalist, u.a. Redakteur der Berliner Zeitschrift «Bürgerrechte & Polizei/CILIP»

Frontex und die Schweiz

Einfach mal Nein sagen

2016 machte die EU aus der Agentur für die «operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen» die «Europäische Grenz- und Küstenwache». Das Kürzel «Frontex» blieb, die Macht der Agentur wuchs – erst recht mit der nächsten Version der Verordnung, die 2019 folgte (s. Bulletin 3/2019). Bisher hat der Schengen-Staat Schweiz sämtliche Veränderungen der EU-Verordnung übernommen. Der Bundesrat will, dass das auch dieses Mal so bleibt. Im August 2020 legte er die Botschaft dazu vor.

Spätestens seit Ende 2020 ist klar, dass auch Frontex an illegalen Zurückweisungen («Pushbacks») beteiligt war. Die Zahl der Untersuchungen nimmt zu – durch eine Arbeitsgruppe des Verwaltungsrats, durch das EU-Parlament, das Amt für Betrugsbekämpfung, die Bürgerbeauftragte etc. Dabei geht es nicht nur um den Exekutivdirektor, sondern um die Agentur insgesamt. Die Eidgenössischen Räte, die sich demnächst mit der EU-Verordnung befassen werden, hätten also allen Grund, einfach mal Nein zu sagen.

(Bu)

Mehr Infos unter

www.statewatch.org/observatories/frontex/

Karin Keller-Sutter sucht Afrika heim

Eine etwas einseitige Partnerschaft

Mit ein bisschen Polizeihilfe klappt das auch mit den Ausschaffungen.

Was tut eine schweizerische Justizministerin, wenn sie in ein Land reist, in dem es seit Monaten und Jahren Demonstrationen gegen die herrschende alte Machtelite gibt? Klar: sie leuchtet den politisch Verantwortlichen mit deutlichen Worten heim, dass jetzt endlich demokratische und soziale Reformen und der Respekt von Menschenrechten angesagt sind, dass es sonst keine Ruhe im Land geben wird. Und sie trifft sich natürlich mit führenden Persönlichkeiten der Opposition, um ihnen bei allen Differenzen im Detail den Rücken zu stärken.

Das alles hat am 24. März dieses Jahres nicht stattgefunden, als Frau Karin Keller-Sutter Algerien besuchte. Sie traf sich mit Innenminister Kamel Beldjoud und Justizminister Belkacem Zeghmati, um die «für die bilateralen Beziehungen zwischen

der Schweiz und Algerien vorrangigen Themen» zu besprechen – und das sind nicht Menschenrechte und Demokratie, sondern Sicherheit und Migration. Der Schweizer Polizeiattaché in Tunis ist nun auch in Algerien akkreditiert und demnächst wollen beide Länder ein Memorandum of Understanding für noch bessere Polizeikooperation, insbesondere gegen Terrorismus und Geldwäscherei abschliessen.

Die Adellung der algerischen Polizei könnte vielleicht auch ein besonderes Anliegen der Schweizer Seite befördern: nämlich die Ausschaffungen. Seit 2006 gibt es zwar ein Rückübernahmeabkommen und es wird – so die Medienmitteilung des SEM – «korrekt angewendet». Dennoch gäbe es «hohe Vollzugspendenzen» bei der Wegweisung von irregulär in der Schweiz anwesenden algerischen Staatsangehörigen. Zudem hat sich Algerien erfreut, im März 2020 wegen der Covid-Pandemie sämtliche Grenzen zu schliessen und den internationalen Flugverkehr – auch für schweizerische Sonderflüge – einzustellen. Nun sollen «praktische Lösungen für eine bessere Organisation der Rückführungen» gesucht werden.

Nicht nur Rückübernahme

KKS befand sich auf der Rückreise aus Nigeria, wo es etwas zu feiern gegeben hatte: zehn Jahre Migrationspartnerschaft. Nigeria war das dritte Land, das erste in Afrika, mit dem die Schweiz eine solche Partnerschaft eingegangen ist. Vorausgegangen war 2010 der Tod des

Nigerianers Joseph Chiakwa bei der Ausschaffung. Danach hatte Nigeria kurzzeitig keine Rückschaffungen aus der Schweiz akzeptiert.

Eine «Migrationspartnerschaft» ist aber – so scheint es zumindest – mehr als ein Rückübernahmeabkommen. Im Falle Nigerias geht es u.a. um den «Kapazitätsaufbau» beim Migrationsmanagement, um Fragen des Grenzschutzes und der polizeilichen Zusammenarbeit gegen Schlepper und gegen Menschen- und Drogenhandel. Mehrfach durften nigerianische Polizist*innen in die Schweiz kommen, um hier zu bestaunen, wie etwa die Berner Kantonspolizei in der Bundesstadt Kleindale jagt. Es geht um die «Unterstützung bei der Identifizierung»,

sprich: die schnelle Ausstellung von Laissez-passer für Auszuschaffende durch eigens eingeflogene nigerianische Beamte*innen.

Und es geht schliesslich um «reguläre Migration» insbesondere im Zusammenhang mit Aus- und Weiterbildung. In der eigens zum zehnjährigen Jubiläum herausgegebenen farbigen Broschüre – sie ist nur auf Englisch erhältlich – findet sich ein «exzellentes Beispiel für eine erfolgreiche öffentlich-private Partnerschaft» auf diesem Gebiet.

In einem 18-monatigen Programm an seinen Produktionsstätten in Lagos bildet Nestlé jährlich zwanzig junge Leute zu Mechatroniker*innen aus. «Alle Teilnehmer*innen müssen während der Ausbildung regelmässige Prüfungen ablegen. Die fünf bestqualifizierten Absolvent*innen erhalten dann die Möglichkeit, während eines zwei- bis dreimonatigen Trainingsaufenthalts in den Produktionsstätten von Nestlé in der Schweiz internationale Berufserfahrung zu sammeln.»

Fünf Menschen für zwei bis drei Monate – das ist wahre «reguläre Migration».

(Bu)

Medienmitteilungen des SEM zum Algerien- und zum Nigeria-Besuch:
<https://bit.ly/3fNI74I>
<https://bit.ly/34BFyxN>

Die Broschüre: <https://bit.ly/2SC51Ug>

Gegen die Normalisierung der Gewalt

Zur Lage der Flüchtenden in Bosnien und Herzegowina

Notizen einer Reise

Im März 2021 hat Soldarité sans frontières eine Delegation des Europäischen BürgerInnenforums (EBF) in den Kanton Una Sana in Bosnien begleitet, um sich ein Bild von der Lage an der kroatischen Grenze zu machen.

Am Zoll wussten wir, dass das das jetzt nicht so einfach wird. Der Zöllner, miss-trauisch hinter seinem Schnurrbart, kommt auf uns zu und fragt, was wir denn überhaupt hier wollen. «Wir besuchen FreundInnen». «Ihr meint wohl Migrant*innen?». Der Widerspruch, der für ihn in den beiden Begriffen zu stecken scheint, tut weh, aber wir gehen darauf ein. «Nein, nein, wirklich Freund*innen». Unsere Rede scheint ihn kaum zu überzeugen, genauso wenig wie unsere Erscheinung: Kapuzenpulli und Wollmützen lassen offenbar nicht auf ein Desinteresse an der Migration schliessen. Er geht zu unserem Kofferraum. «Und was ist das alles?» Sitze und ein Akkordeon. Die Vorstellung des Instruments lässt ihn sprachlos werden. Leute, die mit einem Akkordeon reisen, können doch keine schlechten Intentionen haben, oder? Er lässt uns passieren. Unter den Sitzen – und dem Akkordeon – befand sich medizinisches Material. Nicht gerade viel, aber wir haben es vorgezogen, das nicht zu erwähnen.

Ich denke, dass alle Beteiligten nach diesem Wortwechsel etwas frustriert waren. Der Zöllner war nicht blöd, er wusste genau, dass wir die Absicht hatten, die Lage der Geflüchteten genauer anzuschauen, und nicht an einer internationalen Tournee mit folkloristischer Musik teilzunehmen. Und wir wussten, dass er wusste. Aber explizit wurde nichts gesagt, jeder ging wieder seines Weges, so als sei nichts gewesen.

Als Folge der schrittweisen Schliessung der Balkanroute ist Bosnien, insbesondere der Kanton Una Sana, zu einem Hotspot geworden, zu einer kritischen Passage für die people on the move. Das ist der Terminus, den die europäischen Freiwilligen für die Geflüchteten verwenden, um gar nicht erst in die Diskussionen über die Gründe der Migration einzutreten, die ihrer Meinung nach unfruchtbar ist und nur zu Vorurteilen führt, insbesondere gegen jene, die verächtlich Wirtschaftsflüchtlinge genannt werden. Viele werden an der Grenze geschnappt. Die Polizei oder die kroatische Armee stellen sich ihnen in den Weg. Mehr noch, sie nehmen ihnen die Rucksäcke, die Mobiltelefone und manchmal sogar, selbst im tiefsten Winter, ihre Jacken ab. Die Gewalt ist allgegenwärtig, fast schon banal, wie Sie sicher schon auf den Fotos gesehen haben.

«Als Folge der schrittweisen Schliessung der Balkanroute ist Bosnien, insbesondere der Una Sana Kanton, zu einem Hotspot geworden, zu einer kritischen Passage für die people on the move.»

Das weiss man, auch wenn man es kaum sieht. Das menschliche Drama, das sich dort abspielt wird nur in kleinen Bruchstücken sichtbar.

In den Strassen von Velika Kladuša sehen Sie von Zeit zu Zeit eine Silhouette, meistens dunkel gekleidet und mit Rucksack, manchmal allein, manchmal in Gruppen. Ihre Phänotypen, ihre müden Gestalten und ihr diskretes Verhalten, lassen unschwer erkennen, dass sie migrierende Personen sind.

Rechts und links von ihnen geht das bosnische Leben seinen gewohnten Gang. Am 8. März, dem internationalen Frauentag, sieht man viele von ihnen auf der Strasse, eine (manchmal auch künstliche) Blume in der Hand. Die Märkte bieten Früchte, Gemüse und Handwerkliches an. Die Autos hupen, die Kinder sind laut, die Muezzin rufen zum Gebet. Ein idyllischer Rahmen für Ferien. Dann steht auf einmal an einem Schaufenster «no entry for migrants». Das Gleiche am Busterminal. Nur einzelne Linien sind in gewissen Zeiten den Geflüchteten erlaubt.

In einem anderen Laden, dann ein ganz anderes Bild. Wir möchten Handys kaufen. Die Verkäuferin weiss sofort, was wir wollen. «Ich schlage Ihnen diese da vor: sie sind billig, google maps ist vorinstalliert und der Akku geladen». In diesem Geschäft gibt es mehrere Mehrfachstecker, an denen Dutzende Handys am Aufladen sind. Gegenüber vom Laden

sitzen die people on the move in einem Park, schlagen die Zeit tot, trinken energy drinks und warten, dass ihr Telefon aufgeladen ist.

Im Motel Trafalgar könnte man meinen, man sei an einem Erasmus-Treffen. Niederländerinnen, Italiener, Deutsche, Dänen, ganz Westeuropa ist vertreten. Es sind «volunteers», die ihr gewohntes Leben für einen kürzeren oder längeren Unterbruch auf Eis gelegt haben. Sie verteilen Essen, bringen Holz in die Notunterkünfte, sammeln Erfahrungsberichte,

machen Lärm, so wie sie eben können.

Das Abscheuliche und das Schöne verweben sich, ergeben so eine Kulisse. Alle wissen ein wenig, keiner spricht es wirklich aus.

Wie konnte so eine kleine Welt entstehen? Was hat dazu geführt, dass diese Menschen, die in keiner Weise für eine Begegnung prädestiniert waren, hier täglich

miteinander zu tun haben? Welche Rolle haben die EU, die IOM, die bosnische Regierung und die Zivilgesellschaft gespielt? Und, vor allem, was sind die Folgen für die Geflüchteten? Mehr dazu im folgenden Gespräch.

Nach der Schliessung der Balkanroute

Hotspot Bosnien und Herzegowina

Pushbacks, die Rolle der EU und der IOM und die Perspektiven der Solidarität – ein Gespräch mit Jana Häberlein, Lorenz Naegeli und Camillo Römer.

Lorenz Naegeli, freischaffender Journalist, war Anfang 2021 in Bosnien und befasst sich insbesondere mit der Auslagerung des Asyls, der Erfassung biometrischer Daten und der Rolle der IOM

Camillo Römer, lebt und arbeitet auf der Longo Mai-Kooperative im Jura, politischer Aktivist u.a. für das Europäische Bürger*innenforum, war im März in Bosnien – zunächst im Una Sana-Kanton, dann in Sarajewo.

Jana Häberlein, unterrichtet an verschiedenen Schweizer Hochschulen zu Migrationsfragen und Grenzregimen. Sie war in den Nullerjahren wiederholt und seit 2019 dreimal in Bosnien – Herzegowina.

Sosf: Im Frühjahr 2016 vereinbarten die EU und die Türkei ihren Deal. Die Balkanroute wurde geschlossen. Das Datum hat auch eine grosse Bedeutung für Kroatien und Bosnien und Herzegowina.

Jana Häberlein: Die so genannte Balkanroute hat sich seit dem «Sommer der Migration» 2015 immer wieder verschoben. Sie verlief anfangs über Ungarn, das schon im September 2015 seinen Grenzzaun zu Serbien errichtete. Danach nahmen viele Menschen den Weg über Kroatien und forderten die EU-Staaten mit ihrer «ungehorsamen» Massenbewegung heraus. Diese versuchten die Flüchtenden durch einen Korridor zu kanalisieren. Erst nach dem EU-Türkei-Deal im Frühjahr 2016 verästelte sich die Route, verlor ihre Sichtbarkeit und verlagerte sich besonders ab 2018 zunehmend nach Bosnien und Herzegowina. Hier bleiben die Menschen mehrheitlich stecken, weil Kroatien die

Grenze ganz stark kontrolliert. Die meisten stranden im Una-Sana Kanton, es gibt allerdings auch viele Bewegungen zwischen der Grenzregion zu Serbien um Tuzla, der Region Sarajewo, wo sich mehrere Lager der IOM befinden und dem Una-Sana Kanton im Nordwesten. Bosnien und Herzegowina hat zwar auch im Westen eine sehr lange Grenze zu Kroatien, aber die ist sehr schwer zu passieren, weil das Gelände gebirgig und karstig ist, wo man viel eher

sichtbar ist. Die Flüchtenden versuchen es daher durch die bewaldeten Berge im Una-Sana-Kanton. In dieser Grenzregion finden auch die Pushbacks, die illegalen Zurückschaffungen, durch die kroatische Polizei statt und die sind über die Jahre immer gewaltsamer geworden: Seit 2019 gibt es Berichte, dass die kroatische Polizei Hunde auf die Leute hetzt. Immer wieder werden Flüchtende in eiskalte Flüsse gezwungen. Die Polizei nimmt ihnen Kleider, Mobiltelefone, Schlafsäcke und Bargeld weg.

Elektroschocker werden eingesetzt. Es gibt immer mehr Übergriffe gegen Minderjährige. Familien werden nach Bosnien und Herzegowina zurückgeschickt, auch wenn sie geäussert haben, ein Asylgesuch stellen zu wollen. Und die Kinder müssen mit ansehen, wie ihre Eltern geschlagen werden. Das ist auch europaweit – zum Beispiel im EU-Parlament – bekannt und wird schon lange von NGOs dokumentiert. Mittlerweile gibt es über tausend Berichte – und die beziehen sich in der Regel auf ganze Gruppen, so dass da zig Tausende von Leuten betroffen sind. Das passiert alles unter dem Blick von Schengen-Europa, inklusive der Schweiz. Aber auch die bosnische Polizei geht gewaltsam gegen Flüchtende vor. Bei unserem Besuch 2019 haben uns die Leute noch gesagt, die bosnische Polizei sei ok, die macht uns keine Probleme. 2020 war das schon ganz anders. Derzeit wohnen etwa 2000 Leute im Una Sana-Kanton verteilt in Bauruinen und in den Wäldern. Um etwas zu essen zu kaufen, müssen sie in Ortschaften und Städte laufen. Davon werden sie mit Rayonverboten um Städte wie Bihać abgehalten, die die Polizei gewaltsam durchsetzt.

Lorenz Naegeli: Ein wichtiges Kennzeichen der ganzen Entwicklung ist die Normalisierung der Gewalt. Bis 2015 und in den Jahren danach fanden Pushbacks und Gewalt oft im Verborgenen statt, heute geschieht das offen. Das sieht man am deutlichsten in der Ägäis, wo die griechische Küstenwache und der Grenzschutz ein unglaubliches Gewaltregime aufgebaut haben. Aber man sieht es auch im zentralen Mittelmeer und eben auch entlang der Balkanroute – insbesondere in Bosnien und Herzegowina.



Busbahnhöfe sind oft ein Synonym für lange Wartezeiten, denn nicht alle Busse sind für Geflüchtete zugänglich.

In der EU, im Schengenraum, gibt es einen politischen Willen zur Straflosigkeit gegenüber den nationalen Grenzschutzbehörden.

Sosf: Die Gewalt passiert nicht nur mit Wissen der EU, sondern auch mit ihrem Zutun. Du hast mehrfach erklärt, dass die Internationale Organisation für Migration (IOM) der verlängerte Arm der EU sei. Was ist das für eine Organisation?

L.N.: Bosnien und Herzegowina ist ein gutes Beispiel für den Aufstieg, den die IOM derzeit erlebt. In der Nachkriegszeit war sie hier für die Betreuung von Rückkehrer*innen zuständig. Sie sollte ihnen helfen, sich wieder in der bosnischen Gesellschaft zurechtzufinden. Seit 2016 ist die IOM offiziell eine «UN affiliated organisation». Damit hat auch ihr Aufstieg in Bosnien begonnen. Sie ersetzt immer mehr den UNHCR. Während der immerhin nach gewissen Konventionen und Protokollen handeln und der UN-Generalversammlung Bericht erstatten muss, agiert die IOM eher projektbezogen wie eine NGO und ist primär den Geldgeber*innen der Projekte Rechenschaft schuldig. Im bosnischen Falle kommt das Geld von der EU, von der die IOM seit 2018 über 80 Mio. Euro erhalten hat – und zwar im Rahmen der sogenannten Heranführungshilfe. Das sind Gelder, die die Westbalkanstaaten erhalten, seit sie EU-Beitrittskandidaten geworden sind. Diese direkte Beziehung zwischen EU und IOM ist reichlich problematisch, denn einerseits schafft die EU durch die Schliessung ihrer Aussengrenzen das gewalttätige Grenzregime, das zur Systematisierung von Pushbacks führt, und andererseits betreibt sie über die IOM in Bosnien ein System von Lagern, Migrationsdatenerfassung, Ausweitung von freiwilligen und unfreiwilligen Rückführungen und ein bisschen humanitärer Arbeit.

Sosf: Wie verteilen sich denn diese Gelder?

L.N.: Der grösste Teil fliesst ins humanitäre Cluster: Das sind die Camps einschliesslich der zweifelhaften Sicherheitsdienste, die immer wieder durch Übergriffe gegen die Bewohner*innen auffallen. Gegen den Besitzer einer Firma, die im Una Sana-Kanton für die IOM tätig ist, läuft laut lokalen Medienberichten eine Mordanklage – eine entsprechende Medienanfrage dazu liess die IOM unbeantwortet. Die IOM betreibt alle Lager ausser Lipa – da hat sie sich zurückgezogen. Die Camps sind typisch für die Hotspot-Politik der EU. Sie ermöglichen eine bessere Erfassung und Überwachung und sie dienen mit ihren extrem prekären Bedingungen als Abschreckungsmechanismus gegenüber den Menschen, die sich überlegen, nach Europa zu kommen. Dass die Lager von der IOM betrieben werden, hat uns ein Pressesprecher des UNHCR damit begründet, dass die Menschen hier überwiegend «Wirtschaftsflüchtlinge» seien. Die Konsequenz dieser Vorverurteilung ist, dass die IOM bestrebt ist, von diesen Lagern aus «freiwillige Rückführungen» zu organisieren, während die EU sie langfristig als Ausgangspunkt für Ausschaffungen nutzen will.

Sosf: Du hast eben die Erfassung von Flüchtlingen erwähnt. Wie gestaltet sich die?

L.N.: Bewohner*innen des grössten Lagers in Sarajewo, Blažuj, haben uns gesagt, dass bei Eintritt die Abdrücke von zehn Fingern genommen werden. Das ist typisch für die AFIS-Technologie (Automated fingerprint identification System), auf der auch Eurodac basiert – das informationstechnische Rückgrat des Dublin-Abkommens. Die EU will offenbar den Dublin-Raum auf die West-Balkanstaaten ausdehnen. Die Schweiz hat übrigens von 2017 bis 2019 den Aufbau eines Migration Information System in

Bosnien und Herzegowina mitfinanziert, bei dem es auch darum ging, das Land Eurodac-kompatibel zu machen. Das hat uns das SEM bestätigt. Ein Eurodac-Anschluss Bosniens ist rechtlich derzeit noch nicht möglich. Aber im Nachbarland Albanien sieht man, in welche Richtung das geht: Dort ist Frontex sehr aktiv und diese EU-Agentur hat sowohl Zugriff auf die nationalen Datenbanken als auch auf Eurodac und kann die Daten dann abgleichen.

Sosf: Und dann gibt es auch noch die direkte Unterstützung für die Sicherheitsbehörden.

L.N.: Ja. Die Drohnen, die Ausrüstung der Polizei etc. läuft unter «Unterstützung der lokalen Behörden». Die IOM hat u.a. die Polizei des Una Sana Kantons mit Fahrzeugen und Krawallausrüstung ausgestattet. Diese Polizei betreibt auch den illegalen Checkpoint bei Velečevo. Das ist an der Strecke von Sarajewo in den Una Sana Kanton. Dort müssen alle Migrant*innen aussteigen und die rund hundert Kilometer zu Fuss nach Bihać laufen.

Sosf: Die Repression trifft aber nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch ihre Unterstützer*innen. Und zwar sowohl die ausländischen Freiwilligen als auch die bosnischen.

Camillo Römer: Für die westeuropäischen Volontär*innen, die insbesondere im Una Sana Kanton Hilfe leisten, bedeutet das vor allem, dass sie ihre Arbeit verdeckt, in Nacht-und-Nebel-Aktionen, machen müssen. Die war in diesem Winter von grosser Bedeutung. Sie brachten Holz für die Squats, Nahrungsmittel, organisierten das Kleiderwaschen, was wegen des Problems mit der Krätze ganz wichtig ist. Sie leisten auch medizinische Hilfe. Aber das ist definitiv kriminalisiert: Wer erwischt wird, dem oder der droht schnell die Ausweisung. Die Leute sind ja offiziell nur Tourist*innen. Als wir da waren, gab es mehrere Ausweisungen.

Die bosnischen Gruppen gehen jetzt mehr und mehr den Weg, sich zu legalisieren. Rahma im Una Sana Kanton und Kompass in Sarajewo sind zwei gemeinnützige Organisationen, die offen die Wäsche der Leute zum Reinigen abholen können, die versuchen, den Menschen, die von pushbacks zurückkommen zu helfen. Geradezu absurd ist, dass die grosse IOM immer wieder Leute wegschickt und sagt, sie sollen sich die Hilfe bei Kompass holen, einem Verein, der jeden Rappen dreimal umdrehen muss. Auch die Art der Hilfeleistung unterscheidet sich sehr: Früher haben diverse Kollektive ab den Strassen Essen verteilt. Heute geben sie Sachen zum Kochen ab – sehr reichhaltig –, damit sich die Leute in den Squats selbst das Essen zubereiten können, das sie wollen. Die IOM verteilt dagegen nur Trockenware, Nudeln etc. Die überlegen sich da nicht viel. Und auch die Kleider, die sie abgeben, sehen so aus, als würden sie schon am nächsten Tag kaputtgehen.

Sosf: Aber neben diesen legalisierten Gruppen gibt es auch nach wie vor die Leute, die auf informelle Weise unterwegs sind.

C.R.: Ja. Es gibt Orte, Cafés, auch private Wohnungen, wo Leute untergebracht werden. Du kannst dafür angezeigt und vor Gericht gestellt werden. Es ist auch verboten, Migrant*innen innerhalb des Landes zu transportieren. Da ist dann schnell die Rede vom Menschenschmuggel. Die Repression gegen die bosnischen Leute hat eine andere

Qualität, weil sie dort leben und unter einem ganz anderen Druck stehen. Sie werden verfolgt, erhalten Beleidigungen und Drohungen. Fast alle, mit denen ich geredet habe, hatten schon diverse Probleme – mit den Nachbarn, aber auch mit der Polizei. Ich war sehr überrascht, wie locker sie damit umgehen.

J.H.: In Bosnien und Herzegowina haben viele Leute im Krieg in den 90er Jahren selbst Flucht- und Gewalterfahrungen gemacht. Die Menschen berichten dir schnell, wie sie die Belagerung von Sarajewo ausgehalten haben oder dass sie einige Jahre als Flüchtling in einem anderen europäischen Land lebten. Die eigene Fluchtgeschichte ist sicher für viele eine Motivation zu helfen. Viele Helfende sind dabei bewusst nicht in einer Gruppe organisiert und wollen keine Aufmerksamkeit für ihr Tun, weil es eben auch eine organisierte rechte Szene gibt, die Leute auch verfolgt und bedroht. Öffentlich agierende Flüchtlingsunterstützer*innen kommen sehr schnell unter Druck. Die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Nidžara Ahmetašević wurde im Frühjahr auch kurzzeitig inhaftiert. Man wollte ihr offenbar eine Lektion erteilen.

Sosf: Bleibt die Frage, was wir von hier aus tun können?

J.H.: Aus meiner Perspektive geht es vor allem darum, politische Arbeit, Lobbyarbeit, hier zu leisten. Die Schweiz gehört ja zum Schengen-Verbund, dem auch Kroatien beitreten will. Sie darf nicht akzeptieren, dass Kroatien in Gewaltakte verstrickt ist und das auch noch negiert. Wir müssen den politischen Druck aufrechterhalten. Und wir müssen auch fragen, wie die Schweiz in Bosnien und Herzegowina über das nach aussen sichtbare humanitäre Engagement hinaus involviert ist.

L.N.: Dem stimme ich zu. Den Widerstand hier zu organisieren und an die Verantwortlichen heranzutragen – das muss in viel stärkerem Masse passieren. 2015, im langen Sommer der Migration, war sehr viel Druck auf den Strassen in den westeuropäischen Städten. Den müssen wir zurückholen. Was es zudem braucht ist eine Stärkung der transnationalen Netzwerke, des Austauschs, um eine grenzüberschreitende Dynamik zu schaffen. Es braucht starke Allianzen, die versuchen ein Gegengewicht zu dieser Entwicklung zu schaffen. Und zwar nicht nur auf einer dokumentierenden Ebene, sondern mit einer offensiven Strategie.

C.R.: Kein Widerspruch. Wir können uns auch als die Kuh sehen, die gemolken werden muss. Geld besorgen und Projekte vor Ort unterstützen. Das ist in meinen Augen auch ziemlich wichtig.

(Sg/Bu)



«Beim Namen nennen – mehr als 44 000 Opfer der Festung Europa»

Postkartenaktion

Seit 1993 sind mehr als 44 000 Menschen beim Versuch, nach Europa zu flüchten, gestorben. An den Aussen Grenzen Europas und in Nordafrika leben aktuell Hunderttausende in erbärmlichen Flüchtlingscamps. Das sind die Folgen, wenn Europa seine Türen und Augen verschliesst. Das muss sich ändern! Anlässlich des Flüchtlingstages wird in vielen Städten der Schweiz den über 44 000 Menschen gedacht. Dieser Ausgabe unseres Bulletins liegt eine Postkarte bei. Sie ist Teil einer Aktion im Rahmen des Projektes «Beim Namen nennen», das von verschiedensten Organisationen getragen wird. Mit den von Corinna Elena Marti, Lilian Rappo, Nicole Michel, René Maviaki, Omolbanin Safari aka Story und Youssef Limoud gestalteten Karten soll Druck auf National- und Ständerat erzeugt werden, damit sie die Motion 19.4319 unterstützen. Diese fordert, dass sich die Schweiz sich am Verteilungsmechanismus der «Koalition der Willigen» beteiligt und geflüchtete Menschen von Bord der NGO-Schiffe und aus den Lagern aufnimmt.

Schicken Sie eine Postkarte an eine National- oder Ständerät*in ihres Wohnkantons, damit die Schweiz in Europa ein sicherer Ort wird. Die Motion 19.4319 ist für die Sommersession (31. Mai – 18. Juni 2021) traktandiert. Die Postkarten sollten daher bereits zu Beginn der Session verschickt werden.

(Na)

Adressen Nationalrat nach Kanton:
<https://bit.ly/3fivyPo>

Adressen Ständerat nach Kanton:
<https://bit.ly/3bTt6Nj>

Alle weiteren Informationen zum Projekt, Aktionen und Veranstaltungen:
<https://www.beimnamennennen.ch>

Möchten Sie Postkarten bestellen?
Hier der Link:
<https://bit.ly/3wvcWBv>

«Seine Nase ist gebrochen, seine Augen bluten. Er möchte, dass Sie dies zeigen», sagte der Sohn des Mannes dem Fotografen.



Einige Geflüchtete feiern den Ramadan. Ein Dorfbäcker hat für sie, zu diesem Anlass ein besonderes Brot zubereitet.

Ein Zentrum für «renitente Asylsuchende»

Les Verrières, Neuchâtel

Nach Angaben des SEM wurde Mitte Februar beschlossen, das Zentrum «Les Verrières» wieder zu öffnen, weil es im Umfeld der Bundesasylzentren (BAZ) zu Diebstählen gekommen war, die von organisierten Banden aus Nordafrika verübt worden seien. Etwa zwanzig Männer wurden dorthin verlegt, aber seither scheint die Belegung wieder auf das Niveau von 2019 zurückgegangen zu sein.

Auch wenn die Existenz dieser kriminellen Handlungen

«Das Zentrum in Verrières war seit Sommer 2019 aufgrund der geringen Auslastung (4 Personen pro Woche) und der exorbitanten Kosten, die es verursachte, geschlossen.»

gen nicht zu leugnen ist, erlauben uns unsere Kontakte mit einigen Bewohnern und die jüngsten Enthüllungen über falsche Erklärungen mehrerer Sicherheitsbeamter, Zweifel an der Rechtmässigkeit des Verfahrens zu äussern, das zu einer Verlegung nach «Les Verrières» führte.

Darüber hinaus tragen die beengten Verhältnisse in diesen Bundeseinrichtungen, das Fehlen von psychologischer

Betreuung und Aufsichtspersonal sowie die übermäßige Präsenz von privatem Sicherheitspersonal, das oft schlecht rekrutiert und in der Intervention unzureichend

geschult ist, zu einer Eskalation der Gewalt bei, bei der die Asylsuchenden nicht die einzigen Täter sind.

Statt Menschen mit schwierigem Verhalten durch adäquate soziale und medizinische Betreuung zu integrieren, hat sich das SEM für eine Sicherheitsbetreuung entschieden, die souverän versagt hat. Das Zentrum in Les Verrières ist einfach eine Erweiterung dieser Strategie.

Bei meinem Besuch im Ter Appel Centre in Holland, das damals von 1 200 Menschen besetzt war, war der einzige Mann in Uniform, den ich sah, ein Polizist, der für die Kontrolle der Dokumente zuständig war. Die Zivilgesellschaft hatte eine starke Präsenz im Zentrum mit einem von morgens bis abends geöffneten Büro und einer grossen Zahl von Freiwilligen. Obwohl ich einen ganzen Tag im Zentrum verbrachte, habe ich keine Szenen von Spannungen gesehen, wie ich sie regelmässig in Schweizer BAZ beobachtet habe.

Es ist höchste Zeit, diese überzogene «Sicherheit» aufzugeben und die damit gesparten 50 Millionen in eine echte sozialmedizinische Versorgung und ein breites Beschäftigungsprogramm zu reinvestieren, wobei die Zivilgesellschaft in das neue Konzept mit einbezogen werden muss.

Denise Graf

Droit de rester Neuchâtel

Widerstand und politische Gastfreundschaft (1968 – 2021)

Die Macht der Phantasie

Marie-Claire Caloz-Tschopp, Philosophin und seit langem Aktivistin, seit Jahren Kampfgeliebte von Solidarité sans frontières (insbesondere Co-Präsidentin von 2006 bis 2009), stellt ein ehrgeiziges Projekt vor: praxis-mémoire-archives, eine beeindruckende Sammlung von Texten, die es erlauben, den Widerstand und die politische Gastfreundschaft in all ihren Ausprägungen von 1968 bis heute zu überdenken. Wir publizieren hier die einleitende Erklärung. Einen längeren Text finden Sie in unserem Blog und das gesamte Projekt unter desexil.com.

Das Projekt PRAXIS, MEMOIRE, ARCHIVES (Datenbank, 800 Materialien, Texte, öffentliche Verlautbarungen) wird öffentlich zugänglich. Es ist das Ergebnis einer Erinnerungsarbeit zum Widerstand.

Aus der Ablehnung eines neoliberalen und kapitalistischen Europas wurde die Erschaffung eines alternativen Europas.

Aus der strukturellen Mehrdeutigkeit wurde durch die Analyse die Identifizierung der politischen Lüge, die Passivität und Kompromittierung angestrebt.

Aus Gewalt wurde Folter und in gewissen Fällen völkerrechtliche Verbrechen.

Aus dem Angriff auf den Widerstand in Form des sogenannten «Vergehens aus Solidarität» wurde durch ein anderes Verbrechen ein anderes Vergehen: das Vergehen der Gastfreundschaft der Staatsgewalt.

Aus einem autonomen und fragilen Wissen wurde ein dichtes Gewebe von Beziehungen, Kämpfen und Taten des Widerstands der «Zivilgesellschaft», der sich in die Arbeitswelt, die Universitäten usw. verbreitet.

Marie-Claire Caloz-Tschopp

Kommt jetzt die migrationspolitische Trendwende?

Vorstösse von SP und Grünen

Nationalrätin Samira Marti (und acht Mitunterzeichnende) und Ständerat Daniel Jositsch haben am 18. März 2021 gleichlautende Motionen eingereicht: Sie verlangen vom Bundesrat eine Vorlage zur Wiedereinführung des Botschaftsasyls. Sie begründen dies mit der katastrophalen Lage in den Flüchtlingslagern am Rand von Europa, die sich aufgrund der Covid-Pandemie noch verschärft habe.

Auch bei der Einbürgerung soll Einiges in Bewegung kommen: Ständerat Paul Rechsteiner verlangt in seiner Motion vom 10. März 2021 vom Bundesrat die Einbürgerung nach dem «ius soli»: Wer in der Schweiz geboren wird, soll neu automatisch das Bürgerrecht erhalten. Mehr als ein Viertel der Schweizer Bevölkerung verfüge nicht über den Schweizer Pass. Demokratiepolitische und menschenrechtliche Gründe, insbesondere die Verschärfung der aufenthaltsbeendenden Massnahmen im Ausländerrecht, sprächen für die Einführung des «ius soli». Seine Ratskollegin, Lisa Mazzzone, unterstützt dies und hat selbst eine Motion eingereicht: Wer in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist, soll erleichtert

eingebürgert werden. Seit dem neuen Einbürgerungsrecht von 2018 sinke die Zahl der Einbürgerungen. Deren Erleichterung soll die staatspolitische Integration der zweiten Einwanderergeneration verbessern. Für dieses Anliegen müsste allerdings die Verfassung geändert werden.

Bis diese Vorstösse in den Räten behandelt werden, werden noch Monate, wenn nicht Jahre ins Land gehen. Dennoch ist es sehr erfreulich, dass sich SP und Grüne an höchst umstrittene migrationspolitische Vorstösse wagen. Jahrelang haben Hardliner von rechts die Agenden der staatspolitischen Kommissionen dominiert und jegliche Lockerungen im Asyl- und Ausländerrecht blockiert. Hat sich nun der Wind gedreht? Sicher ist, dass die Motionär*innen ihre Ziele nur dann erreichen, wenn sie dafür auf Seiten der Grünliberalen und der Mittepartei Unterstützung finden.

(Pf)

Migrantinnen in Zeiten von Covid 19

Hinter den Mauern

Vor gut einem Jahr ist unser Leben auf den Kopf gestellt worden. Die Pandemie hat viele Veränderungen mit sich gebracht. Wie ist das Leben hinter den Mauern, die durch die Pandemie kriert wurden?

Das Buch *Derrière les murs*, herausgegeben von der *Marche mondiale des femmes/Suisse*, ist eine Sammlung von 24 persönlichen Geschichten geflüchteter Frauen, die in der Schweiz leben. Sie alle haben etwas gemeinsam. Es sind Frauen, die eines Tages ihr Land verlassen haben – oft gezwungen, manchmal gewählt – die versuchen, sich hier in der Schweiz ein neues Leben aufzubauen.

Die Geschichten lesen sich wie kurze Begegnungen. Begegnungen mit Frauen, die mit so treffenden Worten über ihren Situationen vor dem Covid-19 erzählen, wie sie die Zeit der ersten Welle erlebt haben und wie sich diese auf ihr Leben ausgewirkt hat, die Art wie sie ihr weiteres Leben neu überdenken und über ihre Zukunftsträume. Es sind die Stimmen von Frauen, die oft zu wenig gehört werden. Gerade in dieser Zeit befinden sich diese Frauen durch ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, auch im Kampf gegen den Virus, an vorderster Front. Ihre Erzählungen handeln von ihren Ängsten, ihre Arbeit zu verlieren und somit auch die Garantie, in der Schweiz bleiben zu können, nicht mehr in der Lage zu sein, ihren Angehörigen zu helfen. Sie erzählen, was es heisst krank zu sein und weder Papiere noch eine Krankenversicherung zu haben, vom Homeschooling ohne Internetverbindung, von ihrer Einsamkeit und Isolation in dieser Zeit, von Gewalt und auch von Solidarität, Willenskraft und Ressourcen. Es sind beeindruckende Erzählungen, die von viel Kraft und Stärke zeugen. Ein ergreifendes und bereicherndes Buch.

(Na)

Derrière les murs. Récits de migrantes au temps du Covid-19, Marche mondiale des femmes, 2020.



Ein verlassenes Haus, das nur mit dem Vorhandenen eingerichtet wurde.

IMPRESSUM

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES
erscheint viermal jährlich
ISSN 2673-768X
Auflage dieser Ausgabe
2400 deutsch / 600 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF
2269 deutsch / 521 französisch
Gestaltung und Satz
Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand
selva caro druck ag, Films Waldhaus
Redaktion
Marianne Benteli (Mb), Heiner Busch (Bu), Peter Frei (Pf), Sophie Guignard (Sg), Amanda Ioset (Io), Stéphanie Nagy, (Na), Maria Winker (Wi)
Übersetzungen
Olivier von Allmen, Marianne Benteli
Lektorat **Sosf**

Fotos
Ben Owen-Browne
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
14. Juli 2021
Wir behalten uns vor, Leser*innenbriefe zu kürzen
Mitgliederbeitrag 2021 inkl. Abo:
Verdienende 70.– / Paare Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 30.– / Organisationen Fr. 120.–
Abo
Einzelpersonen Fr. 30.– / Organisationen Fr. 50.–

Herausgeberin
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch
PC-Konto 30-13574-6
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX

Portrait: Aimé Ofounou
Aktivist der Sans-Papiers-Bewegung in Basel

Aimé Ofounou empfängt mich im Büro der Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel. Er schenkt mir Zeit, mitten in einem seiner üblichen Tage, in denen jede Minute mit unzähligen Aktivitäten ausgefüllt scheint. Er arbeitet in einer Kirche in Pratteln als Sigrist – wo er übrigens vor seiner Regularisierung auch wohnte – aber auch als Mediator in der Aids-Hilfe beider Basel, dazu noch ehrenamtlich für die *Cartons du coeur* und *Radio X*. Auf der Strasse, in der Migros, auf der Treppe der Rebgeasse, überall erkennen sie ihn, grüssen ihn, bleiben für eine kurze Unterhaltung stehen.

In diesem Jahr, 20 Jahre nach Beginn der Sans-Papiers-Bewegung in Basel blickt er auf einen langen Kampf zurück, der leider immer noch nicht zu Ende ist.

Vor 23 Jahren ist Aimé, Informatikingenieur aus Togo, in die Schweiz gekommen und hat ein Asylgesuch gestellt. Nach zwei langen Jahren des Verfahrens dann der Schlag: Sein Gesuch wird abgelehnt. Der Rekurs hat genauso wenig Erfolg. Aimé arbeitete, hatte eine Wohnung. Er musste alles zurücklassen, musste in Parks übernachten, irgendwie unterkommen. Zu diesem Zeitpunkt haben einige Sans-Papiers begonnen, sich kollektiv zu organisieren, vorerst in Zusammenarbeit mit dem CEDRI (Europäisches Komitee zur Verteidigung d. Flüchtlinge u. Gastarbeiter) in den Räumen von Longo Maï in Basel. Die Bewegung nimmt Fahrt auf, und auf der Welle der Besetzung der Pfarrei Saint-Paul in Fribourg, beschliesst sie ebenfalls eine

Besetzung. Es ist die Antonierkirche in Basel, die vielen papierlosen Personen ein Obdach bietet, viele von ihnen aus verschiedenen Ländern in Afrika.

Der Ausgang ist ungewiss, Erfolge lassen auf sich warten. Aimé hat trotzdem fröhliche Erinnerungen an diese Zeit. Ein Aspekt ihrer Kampfes, an dem Aimé besonders mitgewirkt hat, war die Sensibilisierung. Er hat von der Lage der Sans-Papiers in Schulen gesprochen, in Altersheimen, bei Quartiersversammlungen. Und immer das gleiche Phänomen: Die Leute sind zuerst misstrauisch, zeigen sich dann aber gerührt bis begeistert, sobald sie das reale Leben der Sans-Papiers kennenlernen, das so ganz anders ist, als das, was in den offiziellen Verlautbarungen oder den Medien dargestellt wird.

Es spricht auch von den täglichen Zwängen. Es sind Arzttermine auszumachen, dann muss man dafür sorgen, dass die papierlosen Personen, die eine Arbeit haben, auch hingehen können. Und abends muss man sich versichern,

dass auch alle da sind, denn sonst muss man Alarm schlagen.

Nach mehreren Monaten ohne Antwort der Behörden, als der Bewegung schon fast der Atem ausgeht, beschliesst man, der Fremdenpolizei anonymisierte Dossiers in Hinblick auf eine Härtefallregelung zur Prüfung zu unterbreiten. Von den 100 Dossiers werden 25 gutgeheissen, darunter auch jenes vom Aimé. Für alle anderen gilt: «Wir haben keine Wahl, wir fahren weiter».

Viele schier endlose Sitzungen folgen, manchmal auch über die Kantongsgrenzen hinweg, was zu einem der Höhepunkte der Bewegung führt: Die Demo für die

«Wenn ich noch einmal beginnen müsste, so würde ich es wieder tun»

ANZEIGEN

widerständiger rückblick
auf eine woche voller
rassismus:
antira-wochenschau
abonnieren auf
antira.org

wir drucken!
Klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck
die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 films t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch



Foto von Aimé Ofounou

Sans-Papiers in Bern, wo 10 000 Geflüchtete und mit ihnen solidarische Personen auf die Strasse gehen.

Mit ihrer Hauptforderung, der kollektiven Regularisierung, konnte sich die Bewegung der Sans-Papiers nicht durchsetzen, aber dank dem Weg über eine Härtefallregelung hat sie manches Schicksal zum Guten wenden können. Sie konnte auch zeigen, dass der Kampf möglich ist, dass er sich lohnt und dass man oftmals mehr Unterstützung erhält, als man glaubt. Als die Besetzung bekannt wurde, haben sich viele bekannte und unbekannte Personen engagiert. Die Anlaufstelle, die in diesem Zug gegründet wurde, hatte erst mal nur ein kleines Büro, heute belegt sie an der Rebgrasse fast ein ganzes Stockwerk.

Ich gehe aufgestellt aus dieser Begegnung. Ja, der Kampf ist manchmal ermüdend. Aber wenn man Aimé sieht, der sich seit 20 Jahren verausgabt und als Ratschlag einfach sagt: «Wenn du helfen willst, so habe keine Angst, man soll seinem Herzen folgen und es dann ganz einfach nur tun», da sagt man sich, dass doch alles möglich sein kann.

(Sg)

Sie finden weitere Texte zur Bewegung der Sans-Papiers unter:
www.sans-papiers-basel.ch

Agenda

« Avec le papier blanc, je n'ai pas le droit de réaliser mon rêve »

**DONNERSTAG, 24. JUNI 2021, 19 UHR
(ONLINE)**

Une soirée de témoignages et d'échanges en ligne dans le cadre de la campagne Education pour toutes et tous! en collaboration avec la Coordination asile.ge

Inscriptions jusqu'au 20 juin à
info@bildung-jetzt.ch

Alle Informationen unter:

www.bildung-jetzt.ch/agenda

Bildungszugang: Geflüchtete haben das Wort

FREITAG, 25. JUNI 2021, 18 UHR (ONLINE)

Bildungszugang für Geflüchtete: Herausforderungen und Lösungsideen (national und lokal, Kanton Schaffhausen)

Eine online-Veranstaltung im Rahmen des Politik Aktuell Programms der SP Schaffhausen in Kooperation mit dem Verein «Bildung für alle-jetzt!»

Alle Informationen und Zoom-Link unter: www.bildung-jetzt.ch/agenda

Öffentliche Veranstaltung – «Geflüchtete haben das Wort»

«Geflüchtete haben das Wort», öffentliche Kundgebung in Zürich, mehr auf www.bildung-jetzt.ch

**SAMSTAG, 18. SEPTEMBER 2021, 14 UHR,
HIRSCHENPLATZ**

Geflüchtete präsentieren ihre Erfahrungen und ihre Forderungen für einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung. Alle Informationen unter:

www.bildung-jetzt.ch/agenda